

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: **Fritz Anshold;**
Sitz die Inserate verantwortlich: **Albert Schöfel;**
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Druck und Verlag: **Schödel & Ventbuck;**
(Inh.: **Paul Ventbuck**)
in Aue.

Preis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pf., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 M. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 M. — Einzelse Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebüht werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die siebenzeilige Korpusspalte oder deren Raum 10 Pf., Restraum 25 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten
(Zusammen legt eine Complete-Beilage zu)

Das Wichtigste vom Tage.

Der französische Ministerpräsident Sarrien überbrachte dem Präsidenten Fallières sein Entlassungsgesuch. Sein Nachfolger wird voraussichtlich Clemenceau.

Der Minister des Äußeren, Graf Schadowewski, hat seine Demission gegeben. Der Kaiser hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten.

Der Vordamier und die Vordamer Stadtrate haben Paris gestern vormittag wieder verlassen.

Arthür von Podewils, der bairische Ministerpräsident wird heute in Dresden eintrafen.

Die Untersuchung gegen den Bezirksamtmann von Togo, E. Kehlmann, hat beläuhende Momente nicht ergeben.

* Näheres siehe unten.

Die Allmacht der Uniform.

Nachdem wir unsere werten Leser über die Komödie von Köpenick ausführlich unterrichtet haben, möchten wir heute die Angelegenheit einmal von einer anderen, recht ernsthaften Seite betrachten. Bei all' dem Humor, der dem genialen Gaunerreich anhaftet, ist es doch zum mindesten, sagen wir: verwunderlich, daß hochgebildete Leute, ja, sogar ein Jurist, wie der Bürgermeister Dr. Langenhans es ist, auf den Schwindel hereinfallen konnten. Wo liegt da die Grundursache, daß ein solcher schier unglücklicher Gaunerstreich gelingen konnte? Sie ist in demselben Militarismus zu suchen, der bei uns schon so viel verschuldet hat und noch immer verschuldet. Als der falsche Hauptmann seine Leibwache requirierte, kam der wachhabende Unteroffizier gar nicht auf die Idee, sich die Order für diese eigentümliche und auffallende Abkommandierung vorlegen zu lassen, denn der Gehorsam verlangt blindlings Unterwerfung unter jeden Befehl des Vorgesetzten. Aber was bei dem Unteroffizier ebenfalls noch verständlich ist, wird bei dem Stadtoberhaupt von Köpenick zur Unbegreiflichkeit. Das Angulängliche, hier wird's Ereignis. Angesichts der Uniform und der Hauptmannsabeln schwinden bei dem Herrn Bürgermeister jede Ueberlegung, jeder Widerstand; er ist Majoroffizier und hat wie der Unteroffizier ebenfalls blindlings gehorchen gelernt. Und was man auch von ihm verlangt, er fügt sich mit einem stillen Köpenick! Hätte der Kerl von einem Gauner die Frechheit besessen, aus den Bürgermeister zu sprechen zu lassen, so hätten die Soldaten das zweifellos getan. Daraus ersieht man, was eine Machtbefugnis, die sich lediglich an den Befehl und das noch nicht einmal sehr kommissgerichte Tragen einer Uniform knüpft, eventuell für friedlich lebende Bürger auf sich haben kann. Es ist zwar dem Soldaten durch die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches entgegengehalten, dem Befehl des Vorgesetzten den Gehorsam zu versagen, wenn er durch diesen Befehl zur Begehung eines Verbrechens oder eines Vergehens angehalten werden soll. Aber es ist für den Soldaten sehr schwer, zu erkennen, ob dieser Fall vorliegt oder nicht. Jetzt er sich, so muß er das unter Umständen im Zweifel zu Hause büßen. Erinnern wir uns an den Fall des Prinzen Arenberg, auf dessen Kommando die südafrikanischen Reiter den unglücklichen Hauptlingsjohn Cain erst quälten und solterten und dann töteten. Nachher stellte es sich heraus, daß der Prinz ein Verbrechen begangen hatte; noch später stellte sich heraus, daß der Prinz Arenberg geküsst worden sei, freilich in jener eigenartigen Form, die ihn aus dem Zuchthaus befreite, aber für eine Internierung in eine Irrenanstalt nicht teils erscheinen läßt. Wenn aber ein Reitermann dem Prinzen den Gehorsam verweigert hätte, weil er ihn für gestraft hielt, so wäre er damals ohne Gnade mit schwerer Pein bestraft worden. Noch weniger aber konnte man von der Gefolgschaft des Köpenicker Gauners verlangen, daß sie auf die Gefahr einer schweren Bestrafung hin sich dem etwaigen Feuerkommando des vermeintlichen Vorgesetzten entzögen.

Daß die Köpenicker Stadtverordneten und die dort stationierte Gendarmertei des Kreises Teltow sich alle Mühe gaben, um den Mann in Uniform bei der Durchführung seines Planes vor etwaigen Belästigungen durch das Publikum zu schützen, erweist weiter, wie die Uniform jede sonstige vernünftige Erwägung ersüßt. Freilich hätten auch die Organe der bürgerlichen Polizei äbel anlaufen können, wenn sie eingegriffen hätten und der Gau-

ner kein Gauner, sondern ein wirklicher Offizier gewesen wäre. Nach einer Kabinetsorder steht ein Offizier, auch wenn er gegen die Befehle verstößt, über dem Niveau der bürgerlichen Rechtsordnung. Die Kabinetsorder ist so bezeichnend, daß es sich lohnt, sie dem Bürger wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Sie lautet:

„Der Offizier weiß sich durch die Uniform aus und darf demgemäß besondere Rücksichten erwarten. Sein Stand legt ihm aber die Verpflichtung auf, polizeilichen Anordnungen nachzukommen. Sollte dies nicht geschehen, so geht die Befugnis der Beamten nur dahin, den Offizier ruhig und in angemessener Art darauf aufmerksam zu machen, daß er gegen eine polizeiliche Anordnung verstoßen habe. Sollte der Offizier einer solchen Aufforderung nicht sofort Folge geben, so haben die Beamten Meldung zu machen. Weiter gehen ihre Befugnisse nicht, da es vorzuziehen ist, daß eine Uebertretung augenblicklich ungerügt bleibt und erst später eine strenge Rüge zur Folge hat, als daß ein Zusammenstoß zwischen Offizieren und Beamten herbeigeführt wird. Nur wenn ein Offizier ein Verbrechen begehen und Gefahr im Verzug sein sollte, dürfen die Beamten den Offizier selbst verhaften, sofern dies nicht durch einen Vorgesetzten oder durch eine Militärwache zu bewirken ist. Die Beamten haben genau zu erwägen, daß es sich bei der Verhaftung eines Offiziers auch um Blossstellung der Uniform handelt, und daß nur ganz außergewöhnliche Umstände eine solche Verhaftung rechtfertigen können. Der verhaftete Offizier ist sofort ohne Aufsicht auf eine Offizierwache oder zum Kommandanten zu führen.“

Das sind eben die Früchte des Militarismus, jenes Militarismus, der vor 100 Jahren bei Jena zusammenbrach und der heute noch herrscht, der verlangt, daß die Soldaten sich des eigenen Denkens begeben, daß sie blindlings sogar auf Vater und Mutter schiessen sollen. Wenn ein General Staatssekretär des Reichspostamtes und Landwirtschaftsminister werden kann, wenn ein Finanzminister, der nur Bismarckweibel war, schleunigst zum richtigen Leutnant avancieren mußte, damit er den nötigen Respekt fand, weshalb soll dann ein falscher Hauptmann nicht joweil Respekt erzielen, daß man ihm ergebnis die Köpenicker Stadtkasse überreicht. Wir leben eben in einem Militarstaat! Wie nun aber, wenn sich eines Tages der Oberkommandierende der Sozialdemokratie Bebel in die Uniform eines Generalobersten oder Generalfeldmarschalls stecken und sich an die Spitze der Berliner Garnison stellen wollte, um gegen die Bourgeoisie zu marschieren? Es kann einem schaudern!

Politische Tageschau.

Deutsches Reich.

Aue, 19. Oktober 1906.

Zur Braunschweigischen Thronfolge.

Der braunschweigische Landtag nahm gestern vormittag unter starkem Andrang des Publikums seine Beratungen wieder auf. Der Vorsitzende teilte zunächst einige Eingänge mit, darunter den Briefwechsel zwischen der braunschweigischen Regierung einerseits und dem Kaiser, dem Reichskanzler und dem Herzog von Cumberland andererseits, ferner eine Eingabe von Bürgern der Stadt Königsutter, in der um Weiterführung der Regentenschaft auf die Dauer eines Jahres durch den Regenschatzrat nachgesucht wird, da man der Hoffnung ist, daß sich die Meinungsverchiedenheiten zwischen Preußen und Genuinden in dieser Zeit ausgleichen werden. Ferner teilte der Vorsitzende die Resolution einer vor einigen Tagen stattgehabten sozialdemokratischen Versammlung mit, in der die Einführung eines „freien“ Volksstaates empfohlen wird. Die Thronfolgefrage wurde in der gestrigen Sitzung nicht berührt. Der Landtag erledigte verschiedene andere Gegenstände und beschloß u. a., seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß der für die Dauer der verflochtenen Regentenschaft bewilligte, jährlich 300.000 M. betragende Zuschuß zur landesfürstlichen Rente aus der herzoglichen Kammerkasse an die herzogliche Hofstaatskasse noch für das laufende Rechnungsjahr gezahlt werde. In die öffentliche Sitzung, die eine halbe Stunde dauerte, schloß sich eine 11-stündige vertrauliche Beratung. Am Dienstag findet die nächste Sitzung statt, auf deren Tagesordnung die Vorlage betreffend Aeuwahsleine s Regenten steht.

Er ist wieder da!

Geschäftiges Treiben haste durch das äußerliche so unscheinbare Palais in der Wilhelmstraße in Berlin, das fast ein halbes Jahr in tiefem Schlaf verfunken war, denn seine Bewohner weilten ferne am Strand der Nordsee und in den grünen Wäldern des Taunus. Ab und zu huschte wohl scheinbar heimlich durch die glanzvollen Räume, oder es ähnten im Winde die alten Baumrieften in dem schattigen Park — sonst aber alles still und ruhig. Wie in Dorntöschens Schloß, Kun-

trat wieder das geräuschvolle Leben in seine Rechte, seit der Wagen mit dem fürstlichen Paar rasselnd einfuhr: Fürst Wilow lehrte zurück! Begleitet von Frau und Mädchen. Die Fügel der hohen Politik, die, ach, allzulange am Boden schleiften, werden energisch aufgegriffen, der Wächmann hervorgeholt, und geht wieder lustig weiter im Jagad: Woldampf voraus. Wankherlei hat sich ereignet, während Fürst Wilow mit Gott Begrüßung sprach tauchte, aber er sagte sich mit dem Würfel: Es kann dir nichts geschehen! An der Spitze von Norberney veräußerten machtlos die Wogen des Kolonialskandal, und die finstere Wolke der englisch-französischen Militärkonvention löste sich vor Bernhards Augen in rosa-rote Nebel auf. Nicht einmal das boshafte Büchlein seines Amtsvorgängers konnte ihn persönlich treffen, denn ihn verschonte Papa Chlowwig mit seinen kleinen und großen Bosheiten. Also gerüstet und neu gestärkt kann sich der Fürst wieder an die hehre Aufgabe machen, das Volk der Schwarzhäher in eine Gesellschaft zu ziehen, leichtfertiger Optimisten umzuwandeln. Bismarck-Siegfried redete sich an Kants kategorischen Imperativ der Pflicht zu alles überragender Größe empor, Hohentlohe-Alberichs Lieblingphilosoph war Schopenhauer und der vierte Kanzler hält für jeden ein freundlich Sprüchlein bereit aus dem „Wahmann.“

Kunst und Sittlichkeit.

Der Sittlichkeitskongress, der eben in Hannover getagt hat, fand leider nicht die Beachtung, die er verdient hätte. Denn abgesehen davon, daß von seinen Verhandlungen in der Presse herzlich wenig Notiz genommen wurde, hat man die für die Volksgemeinschaft so hoch bedeutende Frage der Sittlichkeit sowohl auf dem Kongress wie in den meisten Blättern vorwiegend vom Parteihandpunkte aus behandelt. Und das ist ein großer Fehler, weil es keine spezifische Parteimoral, sondern nur eine allgemeine Volksmoral gibt, die für alle Klassen gleich sein sollte. Man sollte sich in Deutschland doch einmal die Engländer abschauen, die bei der Verteilung von Angelegenheiten, die das Volksganze betreffen, vom Fraktionsgeist leiten zu lassen. So läßt es sich absolut nicht in Abrede stellen, daß sich seit einer Reihe von Jahren die Sittlichkeit aller Volksschichten in Deutschland derart verriecht hat, daß es ein Verbrechen an der gegenwärtigen und namentlich auch der kommenden Generation wäre, dagegen nicht anzukämpfen, und der Entwicklung der Dinge ihren freien Lauf zu lassen. Es sind in der Kunst und Literatur, im Theater und teilweise auch in der Presse Zustände eingetreten, die einer Heilmehr dringend bedürfen, wenn nicht dem deutschen Volk an Leib und Seele großer Schaden zugefügt werden soll. So sehr man also die Verbrüderungen verurteilen muß, die unter dem Deckmantel der Sittlichkeit ein Attentat auf die Freiheit der Kunst ausüben wollen, ebenso sehr wird man jenen Persönlichkeiten zustimmen müssen, die auf die Gefahren hinweisen, die der Jugend namentlich in den Großstädten durch die Freihaltung obscener Bilder und Schriften an allen Straßenecken drohen. Es bedeutet wahrlich keinen Schlag gegen die echte und wahre Kunst, wenn die Polizeibehörden gegen gewisse Anstaltsarten und Großschändlichen mobil gemacht werden.

w. **Bonner Kaiseritage.** Der Kaiser fuhr gestern mittag halb zwei Uhr mit Gefolge im Automobil auf die rechte Rheinfseite nach Altenberg zur Besichtigung des bergischen Domes und kehrte am Abend 5 1/2 Uhr über Bensberg nach Bonn zurück.

w. **Der Namen Kaiser Friedrichs.** Aus Anlaß des Geburts-tages Kaiser Friedrichs erschien gestern mittag die Kaiserin in Begleitung des Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise im Mausoleum. Letztere legte einen Strauß von weißen Chrysanthenen am Sarkophage nieder. Später trug Prinz Oskar ein, der ebenfalls einen Strauß von Chrysanthenen, Weissen und Rosen niederlegte. Am Nachmittag legte Prinz Eitel Friedrich im Auftrage des Kaisers am Sarkophage einen Kranz nieder, versehen mit einer Aufschrift, die die Initialen des Kaisers und der Kaiserin trägt.

w. **Herr von Tschirschky in Rom.** Der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes v. Tschirschky ist gestern nachmittag mit seiner Gemahlin in Rom eingetroffen und in der deutschen Botschaft abgestiegen.

w. **Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Vor-nahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 dem zuständigen Ausschusse überwiesen.**

w. **Landtagswahlwahl.** Bei der gestern stattgehabten Land-tagswahlwahl in Wahlkreis 12 Düsseldorf (Neuß, Greven-broich, Kreisfeld-Land) erhielt der Kandidat des Zentrums Ober-landesgerichtsrat Marx-Rößel 439 Stimmen und Landrat Bräuning-Greendbroich (natlib.) 18 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

w. **Studienreise deutscher Reichstagsabgeordneter nach Ja-pan.** Die deutschen Reichstagsabgeordneten haben am Mittwoch ihre Studien in Japan beendet. Unter anderem wurden noch unter freundschaftlichem Entgegenkommen des Kriegs- und des Ma-rineinrichters Armeekorps- und Marineeinrichtungen besichtigt. Die Abgeordneten sind von der allseitig freundschaftlichen Auf-